

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 225

Gemeindegemeinde Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 26. September 1929

54. Jahrgang

Neues vom Tage.

Reichskanzler Müller wird am heutigen Donnerstag nach Wiedergenehung von seiner Krankheit nach Berlin zurückkehren.

Der frühere belgische Außenminister Vandervelde unternimmt eine Vortragsreise durch Deutschland. Er wird in Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt a. M., Mannheim, Kassel und Dresden über die jüngsten Vorgänge in Palästina sprechen, das er vor einiger Zeit bereist hat.

Das erste Flugzeug der Luftwaffe, das den direkten Postverkehr von Berlin über Marseille nach Sevilla vermittelt, hat seine Fahrt glücklich beendet.

In der Kohlengrube Noix Châin bei Frameries (Belgien) wurden durch schlagende Wetter fünf Bergarbeiter getötet.

Wie aus Prag gemeldet wird, steht die Auflösung des tschechoslowakischen Parlamentes bevor. Die Neuwahlen werden am 27. Oktober stattfinden.

Bei Tulcea wurde der berühmte rumänische Bandenführer Cocos, der seit vielen Monaten das Donaudelta terrorisierte, tot aufgefunden. Sein eigener Freund soll ihn erschossen haben, um die auf Cocos Kopf ausgelegte Prämie von 100 000 Lei zu bekommen.

Um eine Tarifierhöhung.

Rund ein Jahr ist vergangen seit der letzten „Tarifreform“ der Reichsbahn. Sie brachte angeblich die Abschaffung der vierten Wagenklasse — in Wirklichkeit wurden allerdings lediglich die bisherigen Wagen vierter Klasse als Wagen dritter Klasse bezeichnet. Nur der Tarif der vierten Klasse wurde abgeschafft, was eine erhebliche Verleinerung des Reisens für die breite Masse, aber auch — und das war der Zweck der Uebung — eine erhebliche Mehreinnahme für die Reichsbahn bedeutete. So lief die ganze Tarifreform auf eine Tarifierhöhung für die Personenzüge hinaus.

Schon im Sommer dieses Jahres rückte nun die Reichsbahn wieder mit Wünschen nach einer neuen Tarifierhöhung heraus. Sie begründete ihre Forderung mit dem Hinweis darauf, daß sie durch einen Schiedsspruch gezwungen worden sei, die Löhne der Bahnarbeiter zu erhöhen. Für diesen Mehraufwand von etwa 40 Millionen Mark jährlich habe sie keine Deckung und müsse daher die Tarife erhöhen. Nach dem Reichsbahngesetz ist eine solche Tarifierhöhung nur mit Zustimmung des Reichsverkehrsministeriums möglich. Der Reichsverkehrsminister hat aber den entsprechenden Antrag der Reichsbahn abgelehnt. Zu dieser Sachlage hat jetzt der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft Stellung genommen. Ueber seine Auffassung orientiert ein amtlicher Bericht, in dem es u. a. heißt: Der Verwaltungsrat kann die vom Reichsverkehrsminister zur Ablehnung seines Antrages gegebene Begründung nicht anerkennen und hat beschlossen, der Reichsregierung die Lage der Gesellschaft erneut darzustellen. Diese macht es unbedingt notwendig, über die Frage zu verhandeln, wie der Reichsbahn die Mittel zugeführt werden sollen, durch die sie den auf ihr ruhenden Lasten gerecht werden kann. Der Reichsverkehrsminister hat seine Ablehnung damit begründet, daß die über den Vorschlag entstandenen Mehrausgaben durch eine günstige Entwicklung der Einnahmen gedeckt werden könnten. Diese Annahme trifft bedauerlicherweise nicht zu. Vom 1. Januar bis zum 1. September haben die Einnahmen dieses Jahres gegen den Vorschlag nur 2,5 Millionen RM mehr gebracht. Im September ist die veranschlagte Bruttoeinnahme bisher nicht voll erreicht. Die Deckung für die im Vorschlag nicht vorgesehenen Mehrausgaben, insbesondere für die Lohnerhöhung, ist nur durch eine erneute Drosselung aller Sachausgaben möglich geworden, die für die Zukunft unter keinen Umständen beantwortet werden kann. In der Erklärung heißt es weiter, daß sowohl die Feststellungen des Ausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit, als auch der Freispruch wegen des Münchener Eisenbahnunglücks Anlaß seien, in beschleunigtem Tempo erhöhte Aufwendungen im Interesse der Betriebssicherheit zu machen. Aus Mangel an Mitteln sei das aber nicht möglich gewesen. Die Erklärung schließt:

Der Verwaltungsrat betrachtet es als Aufgabe der Deutschen Reichsbahngesellschaft, ein genügendes Maß sachlicher Ausgaben für Unterhaltung, Erneuerung und Betriebsentwicklung unter allen Umständen sicherzustellen. Die Gesellschaft würde es im allgemeinen im eigenen Interesse begrüßen, wenn sie nicht gezwungen wäre, dem Verkehr eine erhöhte Belastung aufzulegen und wenn ihr statt dessen die unerläßlich finanzielle Erleichterung durch die Reichsregierung in anderer Weise gewährt würde. Sollte ein Ergebnis in diesen Verhandlungen nicht erreicht werden, so hält es der Verwaltungsrat für seine Pflicht, eine Tarifierhöhung in ausreichendem Umfang erneut zu beantragen und nachdrücklich weiter zu verfolgen.

Soweit die Erklärung des Verwaltungsrates der Reichsbahn. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß die Reichsbahn eine Erhöhung ihrer Tarife erneut beim Reichsverkehrsminister beantragt. Die Begründung lautet diesmal etwas anders als früher: Der Verwaltungsrat sagt jetzt, die Betriebsicherheit verlangt Verbesserungen aller Art, die Mittel dazu seien aber nicht vorhanden, so daß eine Tarifierhöhung unbedingt nötig sei. Das hört sich recht einleuchtend an, aber es wird zunächst von der Reichsbahn der Nachweis

geführt werden müssen, ob es tatsächlich keinen anderen Weg als den der Tarifierhöhung gibt. Denn einer neuen Tarifierhöhung stehen heute erst recht die allerhöchsten Bedenken volkswirtschaftlicher Art entgegen. Erhöhungen der Bahn-tarife haben regelmäßig allgemeine Preiserhöhungen zur Folge. Diese ziehen wieder Lohnerhöhungen nach sich, was erneut zu Preiserhöhungen führt usw. So kommt die ganze Volkswirtschaft in Unruhe. Gerade jetzt, wo die Zahl der Arbeitslosen wieder ständig wächst, wo alles über schlechten Geschäftsgang klagt, wo die Kontur und sonstigen Zusammenbrüche auch alter und angesehener Firmen überall in bedrückender Weise zunehmen, können wir aber eine solche Beunruhigung nicht brauchen.

Es ist zu hoffen, daß der Reichsverkehrsminister an diese Zusammenhänge denkt, wenn er sich jetzt abermals mit dem Antrag der Reichsbahn befaßt. Vielleicht kann das Reich der Reichsbahn auf andere Weise helfen, nämlich durch Erlassung eines Teils der Verkehrssteuern, die die Reichsbahn zu tragen hat. Jedenfalls müßte alles versucht werden, was geschehen kann, um eine Tarifierhöhung zu vermeiden. Formale liegt die Sache so, daß die Reichsbahn nach Ablehnung ihres Gesuchs an das Reichsbahngericht gehen kann, dessen Entscheidung bindend ist.

Das Reichsverkehrsministerium lehnt die Tarifierhöhung abermals ab.

Vom Reichsverkehrsministerium wird in der Frage der Erhöhung der Reichsbahntarife auf die Erklärung des Verwaltungsrates der Reichsbahn mitgeteilt: „Der Reichsverkehrsminister hat nie verkannt, daß die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft angespannt ist.“

Nach seiner Auffassung liegt jedoch im Hinblick auf die steigenden Einnahmen der Reichsbahn gegenwärtig ein dringendes Bedürfnis für eine Erhöhung der Tarife nicht vor. Es muß zunächst abgewartet werden, wie nach der endgültigen Gestaltung des Young-Planes dieser auf die Finanzlage von Reich und Reichsbahn sich auswirken wird.“

Schluß der Genfer Tagung.

Die Vollversammlung des Völkerbundes geschlossen. — Annahme von kleineren Vorlagen. — Schlußrede des Präsidenten.

Die letzte Sitzung der Völkerbundstagung.

Die Völkerbunds-Vollversammlung in Genf wurde am Mittwoch geschlossen. Die Vollversammlung nahm in ihrer Schlußsitzung noch eine Reihe von Berichten an. Der italienische Jurist Piloti legte der Versammlung Kommissions-Entscheidungen über den

Artikel 19 des Völkerbundsstatutes

vor, der die internationalen Verträge behandelt, und betonte hierbei, daß nunmehr jedem Mitgliedsstaat des Völkerbundes der Weg für einen Abänderungsantrag eines internationalen, unabwendbar gewordenen Vertrages offenstehe. Die chinesische Regierung habe in den Verhandlungen die Erklärung abgegeben, daß China heute durch internationale Verträge gebunden sei, die mit der gegenwärtigen Lage Chinas nicht mehr übereinstimmen. Einstimmig wurde sodann die Entschließung des Juristen-Ausschusses angenommen.

Der Schweizer Bundespräsident Motta machte Mitteilung von der Zurückziehung des Antrages von Dänemark, Norwegen und Polen über die

Einbeziehung der Internationalen Bank

in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes und hob die diesem Antrag entgegenstehenden Auffassungen Frankreichs und Deutschlands hervor. Die Versammlung nahm diese Erklärung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Bei der Berichterstattung über die

Tätigkeit des Finanzkomitees

wurde der Bericht über die geplanten Änderungen in der Organisation des Völkerbundssekretariats angenommen. Es wird eine neugliedernde Kommission eingesetzt, der auch Graf Bernstorff angehört und die eine Vervollständigung und Verbesserung in der Verwaltung des Völkerbundssekretariats, im Internationalen Arbeitsamt und im Sekretariat des Haager Gerichtshofes prüfen soll.

Sodann wurde ein Bericht über den Vorschlag Finnlands, den Internationalen Haager Gerichtshof als

Berufungsinstanz

für die Entscheidungen des Gemischten Schiedsgerichtshofes einzufügen, angenommen. Damit waren die sachlichen Verhandlungen der 10. Völkerbundsversammlung beendet.

Die Abschiedsrede des Präsidenten.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die diesjährige ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes durch den Präsidenten Cuervo, den Vertreter von San Salvador, ge-

schlossen. Der Präsident schloß in seiner Schlußrede noch einmal die

Ergebnisse dieser Tagung

zusammen. Er betonte, daß die diesjährige Tagung einen außerordentlichen Geist der Initiative gezeigt und neue Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, gebracht habe. Drei Großmächte hätten jetzt die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Internationalen Gerichtshofes unterzeichnet. Besonders zu begrüßen sei, daß dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof nunmehr der Weg geebnet sei. Die großen Gedanken des Kellogg-Paktes hätten einen maßgebenden Einfluß auf die Verhandlungen ausgeübt. Man sei daher bestrebt gewesen, den Völkerbundspakt mit dem Kellogg-Pakt in Übereinstimmung zu bringen.

Mit besonderer Genugtuung sei es begrüßt worden, daß der Gedanke der europäischen Verständigung von der Völkerbundstrümpfe aus vertreten worden sei. Die Vertreter aller Staaten hätten darüber ihre Zufriedenheit ausgedrückt. Die blutigen Erfahrungen des Weltkrieges hätten die Menschheit gelehrt, daß es keinen grausameren Fall als den Krieg gebe, dies sei der einzige Feind, den der Völkerbund mit allen Mitteln bekämpfen werde. Der Völkerbund kenne keinen Haß, sondern nur die Hingebung an das allgemeine Interesse und das Glück aller. — Der Präsident erklärte sodann die 10. Völkerbundsversammlung für geschlossen.

Die Reparationsbank.

Sitz Basel. — Zusammentritt des Organisationsausschusses.

Der „Intransigent“ will wissen, daß angesichts der Verstreungen der Finanzkrisis, den Sitz der Bank für internationale Zahlungen nicht in eine Stadt zu verlegen, in der sich schon eine der Notenbanken befindet, Basel die größte Aussicht habe, Sitz der Bank zu werden. Hinzu komme, daß die geographische Lage dieser Stadt besonders günstig sei.

In französischen Kreisen rechnet man allgemein damit, daß der Organisationsausschuß am 3. Oktober in Baden-Baden zusammentreten wird.

Der Pariser „Excelsior“ schreibt u. a.: Nach der Errichtung wird die Internationale Bank sofort zur Ausgabe eines ersten bedeutenden Abschnittes der deutschen Obligationen übergehen, wie sie im Young-Plan vorgesehen und durch den ungeschützten Teil der deutschen Jahresleistung gewährleistet sind. Nach den optimistischsten Ansichten wird diese tatsächliche Intraffsetzung des Young-Planes, die eine wesentliche Vorbedingung für die vorzeitige Abheileinleitung ist, kaum vor März oder April 1930 erfolgen können.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Der sowjetrussische Botschafter in Paris, Dowgalewski, ist in London eingetroffen und hat mit dem englischen Außenminister Henderson über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland verhandelt. Das englische Auswärtige Amt gibt über die erste Unterredung folgenden Bericht aus: Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Minister Henderson überreichte dem Botschafter Dowgalewski eine Liste der zur Verhandlung stehenden Fragen und besprach mit ihm die Art und Weise der Behandlung der weiteren Verhandlungen. Es wurde vereinbart, daß eine weitere Besprechung stattfinden soll.

Die englische Presse ist von dieser offiziellen Erklärung wenig befriedigt und übt scharfe Kritik daran. Ueberhaupt wird die englische Regierung bei den Verhandlungen auf das Genaueste beobachtet. Die gesamte Opposition liegt auf der Lauer, um jeden Schein eines Fehlers sofort auszubuten.

Einführung der fünftägigen Arbeitswoche in Rußland.

Nach Meldungen aus Moskau hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, die Verordnung über die Neuordnung der Arbeitszeit in der Industrie, sowie bei den Behörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, sofort in Kraft zu setzen. Aus den einzelnen Bestimmungen der Verordnung geht hervor, daß in sämtlichen Industrieunternehmen, mit Ausnahme der Saisonbetriebe, sowie in sämtlichen Sowjetbehörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, die fünftägige Arbeitswoche eingeführt wird. (Vier Tage Arbeit, ein Tag Ruhe.)

Eine weitere Bestimmung der Verordnung regelt die Frage der Feiertage in der Sowjetunion. Der Neujahrstag sowie sämtliche religiösen Feiertage, also Weihnachten, Ostern, Pfingsten und die Feiertage der orthodoxen Kirche werden abgeschafft. Die Arbeit wird an diesen Tagen in der üblichen Weise verrichtet. Nur die Revolutionsgedenktage im Mai und November gelten als Feiertage.

Die Räumung der zweiten Zone.

Die Rheinlandkommission wird am 15. November von Koblenz nach Wiesbaden übersiedeln. Es sollen ihr dann noch ungefähr 40 Franzosen, zehn bis zwölf Belgier und fünf Engländer angehören. Sehr wahrscheinlich wird der Reichskommissar für die besetzten Gebiete seinen Amtssitz in Koblenz behalten, weil, wie es heißt, ihm die Reichsregierung aus Sparmaßregeln während der noch kurzen Zeit des Bestehens der Rheinlandkommission in Wiesbaden keine Wohnung zur Verfügung stellen will. Im besetzten Gebiet wird diese Sparmaßnahme kritisiert, weil ein Reichskommissar für die besetzten Gebiete auch in dem heimgesuchten Landesteil wohnen müsse.

Die Befreiung von Koblenz.

Nach Mitteilung des Oberbürgermeisters Dr. Russell wird die Stadt Koblenz in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember d. J., nachdem die fremden Flaggen überall eingezogen sein werden, mit einer kleinen Feier am Deutschen Eck und einer Feiersunde auf der Feste Ehrenbreitstein den Tag der Befreiung begehen.

Im Frühjahr soll dann eine große Befreiungsfeier veranstaltet werden, an der wahrscheinlich auch Reichspräsident v. Hindenburg teilnehmen wird.

Bad Schwalbach bei Wiesbaden ist geräumt. Das englische Bataillon, das dort lag, ist am 24. September mit klingendem Spiel durch die Straßen zum Bahnhof gezogen, wo es in zwei Zügen verladen wurde. Wie in Königsberg, verhielt sich auch dort das Publikum sehr reserviert.

Die neue Besatzung von Wiesbaden und Bingen.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, werden von den jetzt in Höchst a. M. stationierten Franzosen 300 Mann nach Wiesbaden gelegt, während man dort bisher nur mit etwa 150 Mann Besatzung rechnete.

Ob Schierstein und Dieblich nach dem Abzug der Engländer gänzlich frei bleiben, konnte mit Bestimmtheit nicht in Erfahrung gebracht werden. Dagegen wird Bingen, das bekanntlich nur mit einem Wachkommando rechnete, neu besetzt werden.

Eine französische Saarkommission.

Zur Vorbereitung der deutsch-französischen Saarverhandlungen hat die französische Regierung eine Kommission eingesetzt, die die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Seiten des Saarproblems prüfen soll, soweit diese den Gegenstand von Verhandlungen mit Deutschland bilden können.

Die Kommission besteht aus Vertretern des französischen Außenamtes, der Ministerien für öffentliche Arbeiten, Handel, Finanzen und Landwirtschaft. Sie soll den Plan ausarbeiten, der im Verlauf der kommenden deutsch-französischen Konferenz von den französischen Vertretern verteidigt werden soll.

Die Unruhen in Palästina.

Arabischer Überfall auf ein Kinderdorf.

Aus Jerusalem wird gemeldet: In der Nacht ist das sogenannte Kinderdorf Arafah eladim von einer Beduinengruppe überfallen worden. Der einzige Wächter des Dorfes wurde niedergemacht. Unmittelbar nach ihrem Eindringen schnitten die Beduinen die Telefonverbindung ab.

Das gesamte Vieh wurde geraubt. Als nach erheblicher Verfolgung eine Truppenabteilung heranrückte, waren die Beduinen bereits wieder verschwunden. Die jüdische religiöse Hochschule in Hebron verlangt von der Regierung in Jerusalem eine Million 200 Mark für die ermordeten 35 Schüler. Außerdem hat noch eine Reihe amerikanischer und kanadischer Bürger Ansprüche geltend gemacht.

Das Kinderdorf Arafah eladim wird von ukrainischen Pogromwaisen bewohnt. Die Verwaltung des Dorfes liegt zum Teil in den Händen der Kinder selbst.

Politische Tageschau.

Reichsminister Müller, der nach Wiedergenesung von seiner schweren Krankheit jetzt nach Berlin zurückkehrt, erklärte einem Pressevertreter vor seiner Abreise aus Bielefeld, er hoffe, daß man für die Reform der Arbeitslosenversicherung einen gangbaren Ausweg finde. Dann sagte der Reichsminister weiter: Ende Oktober hat der Reichstag eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die auf dem Young-Plan fußen und ohne deren Erledigung die baldige Befreiung der besetzten Gebiete nicht erfolgen würde. Vor dem Kriege hörten wir oft, daß das deutsche Volk im Grunde ein unpolitisches Volk sei. Wenn es vor der Erledigung dieser außenpolitischen wie auch innerpolitischen so überaus wichtigen Gesetzentwürfe infolge der Haltung der Parteien etwa gar zu einer Regierungskrise käme, so würde mit Recht die Frage aufgeworfen werden, ob das deutsche Volk nach dem Kriege denn aufgehört hat, ein unpolitisches Volk zu sein. Die erwählten Vertreter des deutschen Volkes sollten das bedenken.

Der Zweikampf im neuen Strafgesetzbuch. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages führte am Mittwoch die Beratung der Bestimmungen über den Zweikampf zu Ende. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wurden vier Verwerfungsanträge des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Danach wird der Zweikampf mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, im Falle des Todes des Gegners nicht unter zwei Jahren. Ferner wurde beschlossen, daß mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft wird, wer jemanden zum Zweikampf herausfordert oder eine Herausforderung annimmt. Schließlich fand eine Entschließung der Sozialdemokraten Annahme, die die Reichsregierung ersucht, bei den Landesregierungen auf eine dem Gesetz entsprechende gleichmäßige Verfolgung der Menschen zu drängen.

Aus Laasphe und Umgegend.

Laasphe, 26. Sept. Wir sind schon wiederholt mit der Bitte an unsere Leser herantreten, doch den Abonnementsbeitrag am Ende eines jeden Monats resp. beim erstmaligen Vorzeigen der Quittung an den Boten zu entrichten. Wir wiederholen diese Bitte hiermit nochmals mit dem gleichzeitigen Hinzufügen, daß wir es dem Boten in Zukunft nicht mehr zumuten können, mehrere Extrazüge zu machen. So wie bisher kann es daher nicht weitergehen.

Laasphe, 26. Sept. (S.O.V.-Fahrt zum Ehrenmal.) Es ist doch gut, daß es noch Leute gibt, für die jede Witterung Wanderwetter ist, und so ließ sich auch die hiesige Ortsgruppe des S.O.V. durch den drohenden Himmel nicht abschrecken, am Samstag den 21. 9. in den frühesten Morgenstunden die schon lange geplante Fahrt zum Ehrenmal auf dem Kohlberge anzutreten. Und siehe da, der Himmel klarte sich bald und blieb die ganze Tour über schön. Die Fahrt führte zunächst nach Altena, darauf erfolgte die Besichtigung der Dechenhöhle. Von dort aus ging's dann über Pferlohn zum Ehrenmal, wo man es sich bis zum Abend des ersten Tages recht gemütlich machte. Vom Ehrenmal hier zu schreiben, wäre zwecklos, das muß sich jeder S.O.V.-er selbst ansehen. Mit einem Wort gesagt, es war dort alles ausgezeichnet. Auch am zweiten Tage bekam das Auge noch viel zu sehen: die Burg Altena, den bekannten neuen Stausee bei Hagen und die Hohenburg. Die Fahrt war jedenfalls für alle Teilnehmer ein recht Vergnügen.

Laasphe, 26. Sept. Der in früheren Jahren in Leimtruh abgehaltene Rindviehmarkt war stets gut besucht, auch war der Handel recht lebhaft. Seit einer Reihe von Jahren wird der Markt auf Laasphe abgehalten, um hauptsächlich den Transport des Viehes per Bahn bequemer zu gestalten. Auch hier war der Markt in den ersten Jahren noch gut besucht, hat jedoch von Jahr zu Jahr an Bedeutung verloren. Wenn dies zum Teil auch auf die Märkte in Erndtebrück zurückzuführen sein wird, so wird es in der Hauptsache doch der Geldmangel sein, der hier, wie auch auf anderen Märkten, den Handel ungünstig beeinflusst. Der Markt am Dienstag dieser Woche war überhaupt nicht mehr besucht, so daß er wohl bald gänzlich auf dem Märktevergehis verschwinden wird.

Erndtebrück, 26. Sept. (Personalie.) Herr Adolf Fischer, Sohn des Oberlokomotivführers Herrn Adolf Fischer, hier, bestand am Rheinischen Technikum in Bingen die Ingenieurprüfungen in den Abteilungen Maschinen- und Brückenbau. Wir gratulieren.

Erndtebrück, 26. Sept. Das überaus günstige Erntewetter des diesjährigen Sommers hat den Beginn und Abschluß der jeweiligen Ernte entsprechend beeinflusst. Während die Kartoffelernte gewöhnlich erst in den ersten Oktobertagen ihren Anfang nahm, hat sie in diesem Jahre bereits seit einigen Tagen begonnen und wird schon anfangs nächster Woche in vollem Gange sein. Wenn dann auch diese noch bei gutem Wetter einkommt, werden wir in diesem Jahre ein Erntewetter zu verzeichnen haben, wie es sich nur die ältesten Landwirte werden entsinnen können.

Hilchenbach, 26. Sept. (Glück muß der Mensch haben!) Vorgestern morgen wollte auf der Landstraße in Bornwald, gegenüber Konstantin Weiß, ein Geschäftsmann in Bornwald mit seinem Kraftwagen einem Jagdhund ausweichen, kam dabei aus der Richtung und stürzte mit dem Wagen, wohl gegen drei Meter, die Böschung hinab bis zum Bahndamm. Wunderbarerweise hat weder der Fahrer noch der Kraftwagen Schaden erlitten. Einige Zeit später konnte er schon wieder eine neue Fahrt antreten.

Kommunalwahlen.

Von Stadtrentmeister Hahn-Laasphe.

Bekanntlich finden am 17. November ds. Js. Neuwahlen statt. Der Staatsbürger bringt in erster Linie den Wahlen zu den Körperschaften der eigenen Gemeinde großes Interesse entgegen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die zu wählenden Vertreter die Kommunalpolitik in einer nicht zu unterschätzenden Art und Weise beeinflussen können.

Es sollen hier Betrachtungen allgemeiner Art über Pflichten und Rechte der Stadtverordneten, unter Zugrundelegung der Städteordnung für die Provinz Westfalen folgen.

Zu den Pflichten gehören m. E. folgende:

1. regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen,
2. Stimmabgabe nur nach objektiver gewissenhafter Prüfung,
3. keine Ausgabe bewilligen, ohne gleichzeitig für die nötige Deckung zu sorgen,
4. keine Beschränkung auf die Gegenstände, die zur Beschlussfassung vorgelegt werden, sondern selbst Anregungen geben und Anträge stellen, die im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert erscheinen,
5. bei allen Gelegenheiten das Allgemeininteresse über Person und Partei stellen,
6. Vertiefung in die gesetzlichen Bestimmungen, soweit für die Stellungnahme notwendig.

Da sich fast jede Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung auf finanziellen Gebieten auswirkt, kommt neben der Städteordnung in erster Linie das Etats-, Kassen- und Rechnungswesen in Frage.

Weitere Pflichten wären noch zu nennen; ich will aber davon absehen und zunächst die Rechte aufzählen. Es sind nach der Städteordnung u. a. folgende:

1. Beschlussfassung über alle Gemeindeangelegenheiten, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat vorbehalten sind,
2. Kontrolle der Verwaltung, welche die Befugnis einschließt, sich von der Ausführung der Stadtverordnetenbeschlüsse und der Verwendung aller Gemeindegeldmittel Überzeugung zu verschaffen. Zu diesem Zwecke können die Älten eingesetzt und Ausschüsse ernannt werden, zu denen der Bürgermeister ein Mitglied des Magistrats abzuordnen befugt ist,
3. Beschlussfassung über die Benutzung des Gemeindegeldes,
4. Feststellung des Haushaltsplanes,
5. Prüfung der Jahresrechnung, Feststellung derselben und Erteilung der Entlastung.

Einer der bedeutendsten Altklappen der Stadtverordnetenversammlung ist die Feststellung des Haushaltsplanes, womit auch die Festsetzung der Prozentätze für die Gemeindebesteuerung verbunden ist.

Aus den kurzen Ausführungen dürfte schon zur Genüge hervorgehen, daß es den Stadtverordneten nur möglich sein wird, den hohen Anforderungen, die das Amt an sie stellt, gerecht zu werden, wenn sie sich mit Liebe und Pflichttreue jeder einzelnen Sache annehmen. Aber damit allein ist es nicht getan. Zur Erfüllung der umfangreichen Aufgaben ge-

hört nicht zuletzt ein großes Maß von Kenntnissen in kommunalen Dingen. Weiter ist zu beachten, daß die gesamte Bürgerschaft, insbesondere die mit Realsteuern beachten Steuerzahler, der Kommunalpolitik immer mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Es darf sich bei den Wahlen nicht darum handeln, Vertreter aufzustellen, um die nötige Anzahl Kandidaten präsentieren zu können. Die Wähler müssen vielmehr Männer aussuchen, die:

1. sich der schweren Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt, und möglichst unabhängig sind,
2. in der Lage und gewillt sind, die Pflichten zu erfüllen und die Rechte wahrzunehmen.

Erdwünscht ist selbstverständlich nach der Wahl eine geistliche Zusammenarbeit aller Verordneten, namentlich bei wichtigen Entscheidungen. In solchen Fällen muß Fühlung genommen und über die Auswirkungen, insbesondere solcher finanzieller Natur, in gemeinsamen Besprechungen, beraten werden.

Zum Schluß sei mir noch der kurze Hinweis gestattet, daß bei der heutigen wirtschaftlichen Depression und der Kapitalarmut die Steuerzahler eine Herabsetzung der Realsteuern erwarten. Dafür gibt es zunächst zwei Möglichkeiten, nämlich: weniger Ausgaben und höhere Einnahmen. Letztere müssen evtl. durch Erschließung neuer Einnahmequellen, ohne Belastung des Steuerzahlers, erzielt werden.

Auch diejenigen Kreise, die an der Ausbringung der direkten Gemeindesteuern (Grundvermögens- und Gewerbesteuer) bisher nicht beteiligt sind, in der Hauptsache die Lohn- und Gehaltsempfänger, werden für das Verlangen nach Realsteuerermäßigung Verständnis zeigen, denn nach dem endgültigen Finanzausgleich, der den Gemeinden bestimmt das Aufschlagsrecht zur Einkommensteuer bringt, werden auch die Arbeitnehmer zur Gemeindebesteuerung mit herangezogen.

In steuerlicher Hinsicht Mittel und Wege finden und Ausgleich schaffen, wird eine der schwierigsten Aufgaben der neuen Stadtverordnetenversammlungen sein; eine Lösung dürfte sich aber bei gutem Willen aller Beteiligten finden lassen.

Die Tante.

Wohl jede Familie weist einen ziemlich reichen Mann an Tanten auf, seien es nun „echte“, d. h. Schwestern von Vater oder Mutter, oder „unechte“, worunter alle jene entfernt verwandten weiblichen Wesen zu verstehen sind, die aus irgendwelchen Gründen noch zu der betreffenden Familie gerechnet werden können.

Der reifen, an Lebenserfahrung erprobten, an Jahren reichen Tante, der man die Hand küßt, darf man auch ein gewisses Einmischen in die eigenen Angelegenheiten nicht übel nehmen. Dieses Hereinreden entspringt meist wirklichem Interesse, seltener der Lust am Herrschen. Ob man die gegebenen Ratschläge auch befolgt, gehört auf ein anderes Blatt. Aber reizen darf man eine derartige Tante nie durch Widerspruch; immer sie sich aussprechen lassen, ist ein Gebot des Takt und der Klugheit. Das Wohlwollen solcher Damen sollte man nicht leichtfertig verschmähen; es kann auch durch greifbare Dinge, wie schönen Geschenken, fleißigem Helfen bei arbeitsvollen Gelegenheiten und endlich gar als Erbschaft, Gestalt annehmen.

Ganz anders sind die jüngeren Tanten, die oft kaum ein paar Jahre ihren Nichten und Neffen im Alter und in der Charakterbildung nicht einmal so viel voraus sind. Sie nehmen es fast übel, wenn ein Nachfahre sie als „meine Tante“ vorstellt; darum geben sie sich ein kindisches Wesen, lachen und tollern um die Wette, statt in gewisser Hinsicht „Respektsperson“ zu sein. Sie sind barmherzig, aber meistens fofelt und leicht in irgendeinen Neffen verliebt.

Es gibt auch Tanten, die man die „Engel der Familie“ nennen könnte. Wo Not ist, treten sie ein, pflegen die junge Mutter, versorgen den kinderreichen Haushalt, sind den Männern ihrer Nichten gute Kameraden und verlangen für sich selbst keinen Lohn. Man sagt zwar, diese Spezies sei im Aussterben; aber ich glaube es nicht, und wer beweist mir das Gegenteil?

Wettervorhersage für den 27. September. Fortschreitende Besserung. In Aufklärungsgebieten Nachtfrostgefahr.

Aus Nah und Fern.

Marburg. (Schweinezählung.) Die letzte Schweinezählung ergab im Landkreis Marburg in 5625 Haushaltungen insgesamt 27040 Schweine gegenüber der am 1. 6. d. J. stattgefundenen Zwischenzählung, die einen Bestand von 22821 Schweinen ergab, also eine Zunahme von fast 5000 Tieren.

Vieken. (Der Gesundheitszustand der Schulkinder.) Der schulärztliche Bericht über die Untersuchungen in letzter Zeit gibt einen interessanten Aufschluß über den Gesundheitsstand der Schulkinder im Kreise Vieken. Von 8000 Kindern mußten 246 wegen innerorganischer Erkrankungen häuslich oder klinisch behandelt werden. Mehr als 300 Kinder hatten schlechte, teils schlecht gepflegte Zähne. Ernstliche Bedenken rufen das stellenweise epidemische Auftreten von Kropferkrankungen hervor, das sich bei 481 Kindern durch Erweiterung der Schilddrüsen bemerkbar macht. Bei 242 Kindern wurden Brüche oder Bruchanlagen festgestellt. Auffallend ist auch die krankhafte Verlagerung der Fußknochen und das Auftreten von Rückenmarkverbiegungen, was in 137 Fällen festgestellt wurde.

Frankfurt a. M. (Die Möbelmesse weiter flau.) Auch der dritte Messetag konnte keine Besserung des Besuches und des Geschäftes auf der Möbelmesse bringen. Nennenswerte Abschlüsse wurden kaum erzielt. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Möbelmesse scheint zwischen den interessierten Fachverbänden keine Übereinstimmung zu bestehen. Während die Organisation der Möbelfabrikanten sich in einer Versammlung gegen die weitere Beschädigung von Möbeln überhaupt wandte und die Abschaffung aller Möbelmessen empfahl, sprach sich eine Versammlung der Händlerorganisation des Möbelfachverbandes für die Abhaltung von nur einer Messe in den Städten Leipzig (Frühjahr), Köln (Sommer) und Frankfurt a. M. (Herbst) aus. Die Organisationen wurden beauftragt, mit den verschiedenen Messen über die Einzelheiten der Möbelmesse zu verhandeln. In den Gruppen Haushaltsartikel und Spielwaren blieb das Geschäft auch weiter unbefriedigend.

a in kom-
af die ge-
steuern be-
mehr Auf-
handeln,
Kandidaten
mehr Män-
der All-
ig sind,
zu erfüllen
eine ge-
entlich bei
Führung
dere solcher
beraten
gestaltet,
und der
der Real-
Möglich-
Einnahmen-
werden.
ing der di-
Gewerbe-
tische die
Derlangen
dann nach
einden be-
rtingt, wer-
erung mit
inden und
Aufgaben
eine Lösung
ten finden
chtum an
von Vater
fernt ver-
sine igrd-
gerechnet
n Jahren
ch ein ge-
icht über-
dem In-
gegebenen
alt. Aber
berprüf;
tates und
man nicht
Dinge, wie
in Gelegen-
men.
kaum ein
in der
ie nehmen
ante" vor-
achen und
tsperson"
leicht in
Familie"
die junge
den Män-
n für sich
es im
weist mit
Fortsschrei-
efahr.
Die letzte
burg in
gegenüber
die einen
ahme von
nd der
die Unter-
schluß über
gen. Von
Erkan-
Mehr als
ne. Ernst-
reten von
ern durch
242 Kin-
luffallend
und das
37 Fällen
weiter
erung des
Bringen.
insichtlich
schen den
zu be-
anten sich
ung von
ung aller
lung der
Abfal-
reihjahr).
Die Dr-
en Messer-
handeln.
ren blieb

□ Der Tod als Gast auf der westfälischen Provinzial-
synode. Am Ende einer Vormittags-sitzung der westfälischen
Provinzialsynode in Soest starb plötzlich das Mitglied der
Synode, Karl Vorberg aus Gelsenkirchen, am Schlaganfall.
Er hatte noch kurz zuvor in einem sorgfältig ausgearbeiteten
Referat zu der im evangelischen Volksteil entstandenen Be-
wegung betreffend Einwirkung auf die bevorstehenden Kom-
munalwahlen das Wort genommen. Auf der Straße wurde
er von einem Unwohlsein befallen. Er verschied nach kurzer
Zeit. Die westfälische Provinzialsynode verliert in Vorberg
ein langjähriges hochgeschätztes Mitglied, das die westfälische
Kirche wiederholt auch in der preussischen Generalsynode ver-
treten hat.

△ Hamburg. (Giftmörder Schardt in der
Strafanstalt.) Der vom Schwurgericht Hamburg am
29. Januar 1929 wegen Giftmordes an der Lina Ortmann in
Offissa zum Tode verurteilte Kaufmann Jakob Schardt aus
Hamburg, dessen Revisionsgesuch vom Reichsgericht ver-
worfen und der vom Staatsministerium zu lebenslänglichem
Zuchthaus begnadigt wurde, ist aus dem Zentralgefängnis
Freiburg, wo er bisher in Strafhast untergebracht war, in
die Strafanstalt Wehlheiden bei Kassel überführt worden.

△ Köln. (Gefesselter Hockstapler.) Von
der Polizei wurde ein zwanzigjähriger junger Mann festge-
nommen, der sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht
hatte. Er war in einem Kölner Hotel abgetrieben und nannte
sich Baron v. Tronheim. Der junge Burche hatte bei seinem
Dienstherren in Klein-Ramsdorf in Sachsen 3200 Mark entwen-
det, war mit dem Geld über Gera nach Köln gefahren und hatte
hier innerhalb drei Tagen bereits 1900 Mark verausgabt. Der
Rest fand man noch bei ihm vor. Es handelt sich um einen
Schreinergehilfen.

— Gernsheim, 25. Sept. (Wenn man berühmt
wird.) Der Deutschamerikaner Schwarz, der im Alter
von 91 Jahren noch einmal die Reise von Amerika nach der
alten Heimat machte, hat bekanntlich die amerikanischen Re-
porter hereingelegt, indem er drüben behauptete, er fahre
nach Deutschland, um nach 65 Jahren Brautstand zu hei-
raten. Die Meldung ging auch durch die Mehrzahl der
deutschen Blätter und bewirkte, daß der alte Mann aus
allen Himmelsrichtungen Besuch erhält. Selbst mit Autos
kamen Neugierige aus Mannheim. Besonders stark war der
Anstrang am Sonntag. Der alte Mann, der einige ruhige
Tage in Deutschland verleben wollte, weiß sich kaum noch zu
helfen und ist durch die Aufregungen nun wirklich ernsthaft
krank geworden.

△ Rüsselsheim. (In den Tod gerannt.) Zwischen
Groß-Gerau und Rüsselsheim verfuhrte der 25jährige Kauf-
mann Wilhelm Krämer vor ihm fahrende Radfahrer zu über-
holen. Plötzlich fuhr ihm ein Radfahrer in die Bahn, Krämer
wurde mit seinem Fahrzeug umgeworfen und landete im Straßen-
graben, wo er mit gespaltenen Stirn und einem Schädelbruch
liegen blieb. Im Krankenhaus starb der Verunglückte nach
kurzer Zeit. Ein auf dem Sozius sitzender Mitfahrer kam mit
leichten Verletzungen davon.

△ Darmstadt. (23 000 Mark gefunden.) An der
Strecke der Niedbahn zwischen Hofheim und Büßdorf fand ein
Streckenarbeiter einen versiegelten Postfach. Der Mann gab
den Sach am Bahnhof Büßdorf ab. Es wurde festgestellt, daß
der Postfach vom Vorhergehenden Postamt abgegeben und nach Worms
befördert werden sollte. Er enthielt nicht weniger als 23 000
Mark in Geld und Wertpapieren und soll bereits acht Tage lang
neben dem Bahnkörper gelegen haben.

□ In seinem Schlafzimmer lebendig verbrannt. Einem
furchtbaren Schicksal fiel in den dreißiger Jahren stehende
Sohn des Schlächtermeisters Platon in Neustrelitz zum
Opfer. In der Nacht brannte es in dem elterlichen Hause. Nach
Beendigung der Löscharbeiten fand man den Sohn des Schläch-
termeisters verbrannt in seinem Schlafzimmer auf. Man nimmt
an, daß der Unglückliche durch die starke Rauchentwicklung im
Schlaf schlafend geworden ist und so den Flammeneinbruch
erlitten hat.

Das Großfeuer in Mecklenburg.

Die Brandstätte ein unentwirrbares Chaos.
An der Brandstätte in Schwichtenburg bilden an
Stelle von schmalen Bauernhöfen und Scheunen glimmende
Ballen und schwelende Getreide- und Futtervorräte zusam-
men mit unzähligen verbrannten landwirtschaftlichen Ma-
schinen, Geräten und dergleichen ein Bild unentwirrbares
Chaos. Landrat Ulm vom Amt Stargard weist zur Be-
sichtigung an der Brandstelle. Anschließend fand eine Be-
sprechung mit einigen Geschädigten statt, wobei Landrat Ulm
zusagte, nach Möglichkeit die Not der Betroffenen zu lindern.
Zunächst durch Anschaffung von Futtermitteln für das Vieh,
Unterstützungsräumen für die Obdachlosen und das Vieh, Be-
reitstellung von Saatgetreide und anderem mehr, um die not-
wendige Weiterführung der einzelnen Wirtschaften zu sichern.

Nach den Aussagen der Geschädigten wird der Gesamt-
schaden auf etwa 800 000 Mark geschätzt, der nur zum ge-
ringsten Teil durch Versicherung gedeckt ist. Mitverbrannt
sind schätzungsweise 2500 Jahren ungedroschenen Getreides
und fast ebenso viel Futtervorräte. Den meisten der Ge-
schädigten wird es fast unmöglich sein, wieder aufzubauen, da
sie sich viel zu gering oder überhaupt nicht versichert hatten.

Ermordung eines Dienstmädchens.

Der Täter versuchte einen Selbstmord vorzutäuschen.
Auf der Eisenbahnstrecke Wever-Allen wurde die
stummelte Leiche der 21jährigen Maria Bohnschäfer, die
bei dem Landwirt Sterchoff in Wambeln bei Khybern als
Dienstmädchen beschäftigt war, aufgefunden. Man nahm
zunächst an, daß Selbstmord vorliege. Bald stellten sich hier-
über Zweifel ein. Die Untersuchung ergab, daß die Bohn-
schäfer mit einem gewissen Dönede ein Verhältnis gehabt
hatte. Dönede hatte der Bohnschäfer den Morden geleistet.
Der auf Dönede gefallene Verdacht, der Mörder seiner
früheren Geliebten zu sein, bestätigte sich aber nicht, dafür
wurde festgestellt, daß dessen 19jähriger Bruder, der Ader-
knecht Jos. Dönede, die Bluttat begangen hatte.

Vor einiger Zeit hatte er schon versucht, das Mädchen in
eine Tauchgrube zu werfen. Nur dadurch, daß ein kleiner
Hand den Dönede ins Bein biß, wurde das Mädchen gerettet.
Dieser Anschlag wurde in letzter Zeit benutzt, um Erpressun-
gen an Jos. Dönede vorzunehmen. Bei einem zufälligen Zu-
sammenreffen reizte die Bohnschäfer den jungen Dönede
derart, daß dieser sie erlöbte und die Leiche dann auf die
Scheunen der Eisenbahn warf, um einen Selbstmord vorzu-
tuschen.

Er hat nach längerem Verhör ein Geständnis ab-
gelegt und wurde in das Polizeigefängnis in Dortmund
gebracht.

1900 Rm. in drei Tagen!

Solche Geldausgaben sind selbst für einen „Baron“ verdächtig.
Die Kriminalpolizei in Köln nahm einen etwa zwanzig-
jährigen Schwindler fest, der sich als Baron v. Tronheim in
einem Hotel einlogierte und sich durch flotte Geldausgaben
verdächtig gemacht hatte. So hatte er sich eines Tages in
einem Friseurgeschäft das Haar färben und sich Dauerwellen
machen lassen, wofür er 50 Reichsmark zahlen mußte, hatte
10 Rm. Trinkgeld gegeben, sich einen Smoking gekauft, ein
Auto gemietet und mit einer „Freundin“ einen Abschied nach
Düsseldorf gemacht. In dem Friseurladen hatte er auf Be-
fragen gesagt, er sei aus Paris und sehr vermögend. An
einem der letzten Abende hatte er mit der „Freundin“ in einer
Bar geknüpelt und sich dann in ein Kölner Restaurant be-
geben. Inzwischen war die Kriminalpolizei durch den Chau-
seur benachrichtigt worden, die den angeblichen Baron fest-
nahm. Man fand bei ihm etwa 1300 Rm. und eine Fahr-
karte 1. Klasse von Köln nach Berlin.

Bei der Vernehmung hatte sich herausgestellt, daß er bei
einem Landwirt in Kleinfurth bei Greif als landwirts-
chaftlicher Arbeiter tätig war und diesem 3200 Rm. gestohlen
hatte. Mit dem Geld ist er dann nach Gera gefahren und von
dort nach Köln, wo er in drei Tagen insgesamt 1900 Rm.
verjubelt hat. Es handelt sich um einen jungen Menschen, der
in Paris geboren ist und schon vor Jahren in Köln gewohnt
hat, wo seine Mutter jetzt noch lebt.

Schweres Brandunglück im Mühlviertel.

Zehn Bauernhöfe, das Schulhaus und eine Dorfkapelle
vernichtet.
Die Ortschaft Gackstod im Mühlviertel (Oesterreich)
wurde von einer furchtlichen Brandkatastrophe heimgesucht.
In dem Anwesen des Landwirts Karl Heiligenbrunner an
der nordwestlichen Seite des Dorfes brach plötzlich Feuer aus,
das fast die ganze Ortschaft in Schutt und Asche legte. Von
18 Häusern stehen nur noch sieben, elf sind ein Raub der
Flammen geworden.

Die Scheunen waren überall voll von Heu und Getreide-
vorräten. Weiter fiel das Schulgebäude und eine Kapelle dem
verheerenden Element zum Opfer. Ferner verbrannten neun
Kinder, Schweine, Schafe und Ziegen. Der Landwirt Heiligen-
brunner wurde bei den Rettungsarbeiten so schwer verletzt,
daß er in das Allgemeine Krankenhaus nach Linz eingeliefert
werden mußte.

Verzugschaden bei verspätet bezahlter Aussteuer.

Eine bemerkenswerte Reichsgerichtsentcheidung.
Mit einer zwar nicht alltäglichen, aber in der heutigen
Zeit keineswegs ungewöhnlichen Klage hatte sich das Reichs-
gericht zu befassen. Es klagte eine Tochter gegen ihre eigene
Mutter, nachdem sie bereits vorher erfolgreich gegen diese auf
Verurteilung der Herausgabe einer Aussteuer von 20 000
Mark geklagt hatte, auf Ersatz für Verzugsschaden, weil ihr
diese Summe anstatt bei ihrer Verheiratung am 7. Mai 1925
erst am 11. April 1927 ausgehändigt worden sei. Sie habe, so
erklärte sie, mit ihrem Verlobten besprochen, mit den 20 000
Mark Papag- und Gesfädel-Aktien bei ihrer Ehegelschließung an-
zuschaffen und für weitere 20 000 Mk. auf Bankkredit dieselben
Aktien zu kaufen. Seit ihrer Ehegelschließung sei der Kurs der
Papiere erheblich gestiegen, die Aktionäre hätten auch in der
Zwischzeit wertvolle Bezugsrechte bei der Ausgabe junger
Aktien ausüben können, so daß ihr, der Tochter, infolge ver-
späteter Erlangung des Aussteuerkapitals ein Gewinn von
25 000 Mark entgangen sei.

Die Klägerin wurde zwar in allen Instanzen abgewiesen,
aber doch nur deswegen, weil sie es unterlassen hatte, ihrer
Mutter von ihrer Absicht, einen bestimmten Betrag der Mitgift
in Effekten anzulegen, Mitteilung zu machen. Sie habe damit
wider Treu und Glauben gehandelt. Denn wenn die Klägerin
und ihr Ehemann, wie sie behaupteten, in der Lage waren, die
günstigen Ausichten einer Kapitalanlage in den begangenen Aktien
zu überschauen, so hätten sie der Beklagten hiervon Kenntnis
geben müssen; erst dadurch wäre die Beklagte auf die Gefahr
des ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam gemacht und in
die Lage versetzt worden, Gegenmaßnahmen durch entsprechende
Anschaffung zu machen.

Vom Riesenflugzeug „Do. X“.

Vor der Ueberführung nach Berlin. — Neue Probeflüge. —
Zeitpunkt für die Flüge über Nord- und Ostsee noch un-
bestimmt.

Nach einer Meldung aus Friedrichshafen soll das
Dornier-Flugzeug „Do. X“ in vier bis sechs Wochen nach
Berlin überführt werden, wo es bis auf weiteres auf dem
Müggelsee verankert werden dürfte. Als Flugweg wird wahr-
scheinlich der Weg rheinabwärts, dann über die Elbe und
havelaufwärts bis Berlin gewählt werden. Am Montag be-
gannen wiederum die Probeflüge, die sich allmählich ihrem
Ende nähern. An dem Aufstieg nahm auch Kemal Pascha
teil, der in Friedrichshafen weilte und dort Dr. Edener einen
Besuch abgefaßt hat, der mit der Besichtigung des „Graf
Zeppelin“ verbunden war.

Die angeblichen Flüge der „Do. X“ sind notwendig,
um noch weitere Apparaturen zu schaffen, mit deren Hilfe eine
genaue Kontrolle der Motoren möglich sein wird. In den
nächsten Tagen wird das Riesenflugzeug dann im Bodensee-
gebiet eine Anzahl großer Flüge unternehmen, in deren Ver-
lauf alle Eigenschaften der „Do. X“ im Langfliegen nach-
geprüft werden können. Inzwischen sollen auch die Kabinen
eingebaut werden und nach Durchführung dieser Arbeiten
wird die „Do. X“ dann eine Reihe weiterer Flüge ausführen.

Ob es angeht, das früh einkommende Herbstwetter noch
möglich sein wird, die geplanten Hochflügeveruche in der Nord-
und Ostsee durchzuführen, läßt sich im Augenblick noch nicht
übersehen. Diese Arbeiten werden letzten Endes ganz von der
Wetterlage abhängen.

Ein amerikanisches Feuerwerk.

Neun Eisenbahnwaggons Feuerwerk explodiert. — 25 Per-
sonen verletzt.

Aus New York wird berichtet: Wie aus Norfolk im
Staate Virginia gemeldet wird, machten in dortigen Bürgern
neun Eisenbahnwaggons voll Feuerwerk für die Kopf-
zerbrechen, da der Einfuhrzoll für diese Waren nicht
entrichtet worden war. Man beschloß, die neun Wagenladungen
zu vernichten. Was lag näher, als das Zeug zu verbrennen!

Der gesamte Inhalt der neun Waggons wurde auf einen
Haufen gelassen und angezündet. Zum Entsetzen der An-
gäuder entstand aber daraus kein anmutiges Feuerwerk, son-
dern eine furchterliche Explosion, was — wie der Bericht her-
vorhebt — niemand erwartet hatte. In weitem Umkreis
wurde großer Schaden angerichtet und 25 Personen wurden
erheblich verletzt.

Buntes Allerlei.

Spanische Apfelsinen.

Als interessant den Spanier mehr als der Absatz der
Apfelsinen, die für den spanischen Export an erster Stelle stehen.
Die Nationalverband der landwirtschaftlichen Ausfuhr hat für
die Zeit von November bis Mai 1929 die Ausfuhr von Apfel-
sinen auf 303 000 000 Pefetas berechnet. Sehr merkwürdig ist
die Tatsache, daß die Spanier selbst teilweise sehr wenig Apfel-
sinen essen. Gegenüber 7½ Millionen Zentner, die ausgeführt
wurden, haben die Spanier selbst nur 900 000 Zentner ver-
zehrt. In einer großen Anzahl von Provinzen, vor allem
in den Dörfern von Kastilien, Estremadura, Murien und im
ganzen Norden ist die Apfelsine ein Luxusartikel, der nur an
Festtagen gegessen wird. Auch wird festgestellt, daß die Preise
für Apfelsinen in Spanien selbst teilweise höher sind als im
Auslande. Der größte Abnehmer ist Großbritannien mit
3½ Millionen. Darauf folgt als nächster Kunde Deutschland
mit 2 200 000 Zentnern. Von den Spaniern wird die Mei-
nung ausgesprochen, daß der Absatz für Apfelsinen in Deutsch-
land sich in den nächsten Jahren noch weiter vermehren werde,
während der englische Markt sich vermindert. Der Apfelsinen-
handel wird in erster Linie von den Bewohnern der Inseln
Mallorca und Menorka in Europa betrieben.

Eine deutsche Fernschreibmaschine.

Als die erste deutsche Fernschreibmaschine bringt die Sie-
mens & Halske A.-G. jetzt eine Maschine auf den Markt, deren
praktischer Gebrauch zurzeit ausprobiert wird. Diese Fern-
schreibmaschine ist auf rein mechanischer Grundlage aufgebaut
und mit einer normalen Schreibmaschinenausrüstung ausgerüstet.
Man kann mit ihr 420 Zeichen pro Minute wie auf einer
Schreibmaschine schreiben. Durch Fernleitung ist ein Gegen-
apparat mit dem Senderapparat verbunden und beide sind
so zu einem Apparat vereinigt, daß durch einen Schalterdruck
das auf der Sendemaschine Geschriebene gleichzeitig auf der
Empfangsmaschine Niederschriebene, das den genauen Wort-
laut des gedachten Textes hat, sichtbar wird. Der Apparat er-
möglicht demnach, bei Vorhandensein einer entsprechenden
Fernleitung ohne Umschaltplatz einen Text sofort an die ver-
bundene Gegenstelle weiterzugeben.

Flohjirtus.

Der berühmte Jurist Hermann Staub, dessen 25. Todes-
tag jüngst war, verkehrte während eines Sommeraufenthalts
in Nordsee mit der Familie eines Landgerichtsrats, der
im Rufe über großer Sparfameit stand. Der Landgerichtsrat
erzählte, daß er auf der Heimreise in Berlin mit seinen Kin-
dern den Jirtus dreifacher Höhe besuchen wollte. Staub
erwiderte: „Da werden Sie ja nicht hineingelassen.“ Erstaunt
fragte der Landgerichtsrat: „Weshalb denn nicht?“ und ha-
tam die Antwort: „Weil Sie ein Knicker sind.“

Ja so was!

Dieser Tage wurde die Polizei von Smyrna nach einer
Tabakfabrik gerufen, um 14 Arbeiterinnen zu verhaften. Es
hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Zigarettenfabrikerinnen
sich plötzlich als männliche Arbeiter entpuppten, die den gün-
stigen Stand des kleinasiatischen weiblichen Arbeitsmarktes
auf diese Weise auszunutzen hofften. Die Entdeckung ist einer
Judiskretion zu verdanken.

Neueste Nachrichten.

Eine Fabrik niedergebrannt.

München, 26. September. In der vergangenen Nacht
brach in der Kunstvollesfabrik Koll in München ein Großfeuer
aus, das außerordentlichen Schaden anrichtete. Die Fabrik
brannte bis auf die Grundmauern nieder, da die Flammen in
den Vorratsräumen reiche Nahrung fanden. Zuerst war das
Feuer in einem Lagerraum westlich des Fabrikgebäudes ent-
deckt worden, worauf die Feuerwehr alarmiert wurde. Die
Mündener und zwei andere Feuerwehren, dazu Reichswehr
und Reichswasserschiff, nahmen an der Bekämpfung des
Feuers teil, konnten aber wenig Erfolg erzielen, da die Wasser-
beschaffung Schwierigkeiten machte. Man schätzte den Schaden
auf einige hunderttausend Mark. Durch die einflüßenden
Mauern wurden außerdem mehrere Telefonleitungen zer-
trümmert.

Zeppelinbesuch in Berlin.

Berlin, 26. September. Nach Mitteilungen der Zeppelin-
Werft Friedrichshafen wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“
am Samstag, 5. Oktober, gegen 4 Uhr nachmittags in Staaken
landen. Reichs- und Staatsregierung geben am Abend
Dr. Edener und seiner Mannschaft einen Empfang. Am Son-
tagvormittag werden Magistrat und Stadtverordnete die Gäste
im Rathaus begrüßen. Da anzunehmen ist, daß die Wetterlage
in den nächsten Tagen beständig bleibt, ist mit dem Flug nach
Berlin bestimmt zu rechnen.



**Kochen Sie
MAGGI'Suppen!**

Das spart Mühe,
Zeit und Geld.
Viele Sorten.



Was ein Arbeiter von der Invalidenversicherung wissen muß.

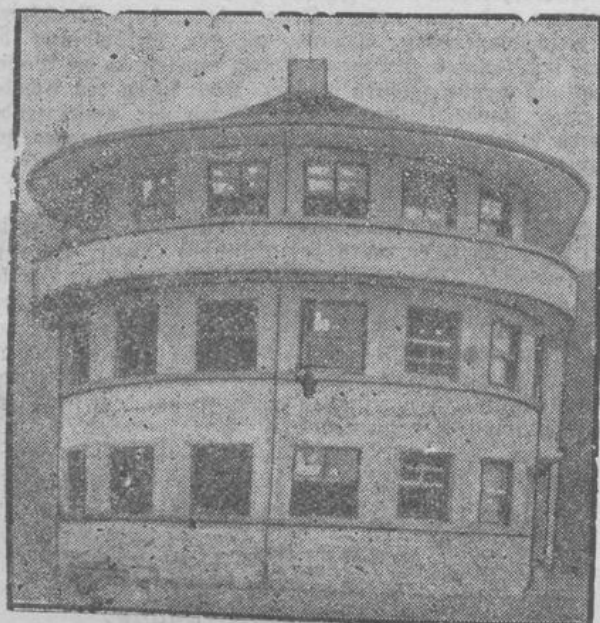
Gerade jetzt ist es doppelt nötig, auf alle Neuerungen in dem Invalidenversicherungswesen noch vor dem 1. Oktober hinzuweisen und Aufklärung zu schaffen. Die Invalidenrenten wurden nach der Inflation einheitlich auf 18 Mark festgesetzt, später auf 14 Mark erhöht. Vom 1. April 1925 an wurden wieder individuell festgesetzte Renten gewährt, d. h. die Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge im Einzelfall berücksichtigt. In den Jahren 1927 bis 1928 wurden die Renten erneut erhöht, und vom 1. Oktober ab tritt eine weitere Erhöhung ein. Die Renten-Erhöhrungen wurden so durchgeführt, daß die Steigerungssätze der bis zum 30. Sept. 1928 geleisteten Beiträge um je einen oder einige Pfennige erhöht wurden. Der Reichszuschuß und der Grundbetrag blieben aber gleich. Diese Maßnahme konnte immerhin nur für Renten angewendet werden, die neu festgesetzt wurden. Für bereits laufende Renten hat man eine prozentuale Erhöhung der Steigerungssätze gewährt. Die am 1. Oktober in Kraft tretende Verordnung bringt eine Erhöhung der Steigerungssätze um 15 Prozent, die aber nur aus den Beiträgen errechnet werden, die bis zum 30. September 1921 entrichtet wurden. Die einwirkende Rentenerhöhung wird je nach der Beitragsleistung im Einzelfalle bis zu fünf Mark für den Monat ausmachen. Sie muß bei der Invalidenrente mindestens eine Mark und bei der Waisenrente mindestens 50 Pfennig pro Monat betragen. Die Invalidenrentner werden durch die Erhöhung recht geringe Vorteile haben, weil, soweit von den Rentnern Wohlfahrtsunterstützung bezogen wird, das Wohlfahrtsamt an manchen Orten die Unterstützung kürzen möchte. Wir verweisen aber darauf, daß dies das Gesetz nicht will, also muß jeder sich dagegen wehren.

Die Gesetzesänderung erstreckte sich noch weiter auf einen anderen viel wichtigeren Punkt. Sie räumt jetzt allen Hinterbliebenen von Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder an diesem Tage dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben, das Anrecht auf Hinterbliebenenrenten ein. Bisher waren die Angehörigen dieser Versicherten ohne Hinterbliebenenfürsorge, weil der Gesetzgeber beim Erlass der Reichsversicherungsordnung und der Einführung der Hinterbliebenenfürsorge am 1. Januar 1912 sie von den Versicherungsleistungen ausgeschlossen hatte. Das waren Härten für die Versicherten. Durch die letzten Bestimmungen wird dies gemildert. Ab 1. Oktober d. J. werden Tausende von Witwen endlich das erhalten, was ihnen bei sozialer Gestaltung der Gesetzesbestimmungen schon seit vielen Jahren zugestanden hätte.

Die Hinterbliebenenrenten werden aber nur auf Antrag gewährt, weil die Landesversicherungsanstalten auf Grund ihres Aktenmaterials nicht feststellen können, welche Witwen und Waisen Anspruch erheben können. Die Hinterbliebenenrenten werden nur dann gewährt, wenn der Versicherte zur Zeit seines Todes die Wartezeit, d. h. 200 Beitragswochen zurückgelegt und die Antwortpflicht aufrechterhalten hat. Dieser Nachweis wird für viele Witwen schwer zu erbringen sein, weil nach so langer Zeit weder die Quittungskartenscheinigung noch die letzte Invalidenrente mehr vorhanden ist. Mit dieser Tatsache hat das Reichsarbeitsministerium geredet, es hat deshalb Best. nungen erlassen, daß, wenn Tatsachen, die zur Begründung des Hinterbliebenenanspruches geeignet sind, nicht mehr festz. stellt werden können, dennoch dem Antrag oder dem Anspruche stattgegeben werden muß, wenn die Tatsachen glaubhaft gemacht werden. Der Reichsarbeitsminister hat in der Durchführungsverordnung zugleich Bestimmungen erlassen, in welchem Betrage die Renten zu gewährt sind, wenn ziffermäßige Nachweise der Beitragsleistung nicht mehr vorhanden sind.

Anträge auf Witwenrente und, soweit noch Waisen vorhanden sind, auch auf Waisenrente, sind unverzüglich bei den zuständigen Versicherungsämtern oder bei der Landesversicherungsanstalt zu stellen. Wenn noch irgendeine Quittungskartenscheinigung vorhanden ist, so kann diese als Beweismittel benutzt werden. Auch eine noch vorhandene Invalidenrente kann dabei verwendet werden. Wenn nichts mehr vorhanden ist, aber Beitragsleistung zur Invalidenversicherung stattgefunden hat, so muß auf diese Tatsache hingewiesen und im Antrag Vor- und Zuname, Tag und Ort der Geburt und, wenn möglich, die Anstellungsansicht der ersten Invalidenrente angegeben werden. Sind keine Nachweise mehr vorhanden, so kann durch Bestätigungen von Unternehmern über die Dauer der Beschäftigung und der Markenverwendung in vielen Fällen der Versicherungsanspruch ebenfalls gesichert werden.

Wir sind der Überzeugung, die neue Gesetzesänderung ist so wichtig, daß jeder Arbeiter, der diese Zeilen liest, im Interesse der Witwen der verstorbenen Versicherten, die vor 1912 gestorben sind, für Aufklärung sorgt. Sehe sich ein jeder in seinem eigenen Familien- und Freundeskreis um und sorge für Aufklärung. Gerade diese Witwen sind wirklich bisher vom Gesetz schändlich behandelt worden und waren am bittersten daran.



Deutschlands modernste Jugendherberge.

Bei Lorch am Rhein wurde eine neue Jugendherberge errichtet. Der Rundbau dürfte wohl die eigenartigste und modernste Jugendherberge Deutschlands sein.

Eleonora Lindhoff.

Ein Wiener Theaterroman von Ely Eberhardt-Staerck.
Nachdruck verboten.

101
„So freue dich doch, Miki!“ sagte Eleonora und brückte ihr eine größere Geldsumme in die Hand. „Heute abend kommst du mit deinem Bräutigam ins Theater gehen! Du hast doch einen Bräutigam, was?“ „Erzählend senkte Miki den Kopf.“ „Aber natürlich hab' ich einen. Tausend Dank, gnädiges Fräulein, und ich werd' das junge, gnädige Fräulein gewiß sehr lieb haben!“

Sie küßte ihr die Hand, Eleonora aber hatte sie am liebsten an sich gedrückt im Uberschwang des Glückes, das ihr fast die Brust sprengte.

In diesem Augenblicke klingelte das Telephon. Es war der Sekretär des Theaters. „Der Herr Direktor läßt Fräulein Lindhoff bitten, wenn möglich noch heute ins Bureau zu kommen,“ sagte er. Eleonora ging.

Strahlend, ein glückliches Leuchten in den Augen, betrat sie die Direktionskanzlei. Der Direktor war ein wenig erstaunt; er hatte sich nach ihrem letzten Briefe auf eine böse Stimmung bei seiner „großen Eleonora“ gefaßt gemacht. Angenehm überrascht kam er ihr mit ausgestreckten Händen entgegen.

„Nun sagen Sie mir, mein liebes Fräulein Lindhoff, was machen Sie für Geschichten? Wer wird denn gleich so hübsch sein? Entlassung? Nur Ruhe, liebes Kind, das wird sich alles regeln lassen!“

„Ja, Herr Direktor, wenn Sie verlangen, daß ich nur Mütter spielen soll und alle jugendlichen Rollen an Fräulein Valetti abgeben muß, dann gehe ich lieber!“ unterbrach ihn Eleonora leicht gereizt.

„Aber wer spricht denn davon? Sie wissen doch, daß niemand Ihr Talent so sehr schätzt wie ich; eben deshalb will ich Ihr Darstellungsgebiet erweitern. Was meinen Sie, wie Ihnen die Elisabeth in der „Maria Stuart“, die Mutter in der „Braut von Messina“, die „Medea“ und all die seelenvollen, großen Frauengestalten liegen werden? Muß man sich denn immer jung machen, um zu wirken? Liebstes Fräulein Lindhoff, das haben Sie doch nicht nötig!“

„Herr Direktor, bestreiten Sie es auch nicht, sondern —“ „Ja, ich weiß schon, die Rita Valetti ist Ihnen ein Dorn im Auge! Nun, wenn schon: desto besser werden Sie die feindlichen Königinnen in der „Maria Stuart“ darstellen. Also seien Sie vernünftig. Ich biete Ihnen im nächsten Jahre eine bedeutend höhere Gage, wenn Sie die Heldinnen spielen wollen!“

„Herr Direktor, ich —“ „Rein, nein! Sie brauchen sich ja nicht gleich zu entscheiden; das hat ja noch Zeit! Aber nun seien Sie einmal vernünftig und spielen Sie mit Ihrer „Feindin“ — hier lächelte er leicht ironisch — „die Elisabeth!“

„Rein, Herr Direktor, das kann —“ „Er ließ sie nicht mehr zu Worte kommen.“

„Zum Trost habe ich eine frohe Nachricht für Sie!“ unterbrach er sie lächelnd. „Nur nach Neujahr können Sie Wiens Jugend wieder einmal in Ekstase versetzen; wir haben im Schiller-Jgklus die Jungfrau von Orleans.“ „Na also, da schauen die bösen Augen schon freudlicher drein!“

In der Tat hatten Eleonoras Augen bei dem Worte „Jungfrau von Orleans“ aufgeschmetzt.

Ihre geliebte Johanna, das kriegerische Hirtentöchterchen — und ihre süße kleine Gräfin im Theater! Ja, es war doch schön, zu leben!

Sie streckte dem Direktor die Hand entgegen.

„Also, Herr Direktor, die Elisabeth spiele ich meiner Jungfrau von Orleans zuliebe — aber wegen des neuen Vertrages mit den Mitterrollen lassen Sie mir noch Bedenkzeit bis Ende des Spieljahres, ja?“

„Gut, abgemacht!“ „Er gab ihr die Hand und nach kurzem Abschied verließ Eleonora das Zimmer.“

Schmunzelnd steckte er sich eine Zigarre an. „Na, ich hab' ja gewußt!“ murmelte er vergnügt und lehnte sich zufrieden in seinen Armstuhl zurück. „Aber, große Kinder, sind sie alle!“

In diesem Augenblicke erlangen im Vorzimmer streitende Frauenstimmen.

Verärgert klingelte er: „Was ist denn da draußen los?“

„Herr Direktor, Fräulein Valetti will Sie dringend sprechen; sie läßt sich absolut nicht abweisen!“ sagte das Bürofräulein.

„So lassen Sie sie in Gottes Namen herein!“ In einem hochgelegenen Straßentor, einen Polarschirm um die Schultern, einen kleinen tolethen Hut auf dem tizianroten Haar, betrat Rita die Direktionskanzlei.

„Herr Direktor, geschieht das mit Ihrer Einwilligung, daß ich die Agnes in der Jungfrau spielen soll? Wie komme ich dazu? Und die alte Lindhoff spielt die Jungfrau?“

„Vor allem anderen, mäßige dich, mein Kind! Es steht dir weder über die Befehlungen noch über Fräulein Lindhoffs Alter ein Urteil zu und für diesen Ton, den du heute anschlägst, bist du denn doch noch ein wenig zu feucht hinter den Ohren. Vorläufig kommst du in künstlerischer Beziehung Fräulein Lindhoff noch nicht einmal die Schuhbänder lösen. Also geh' ruhig nach Hause und lerne deine Agnes Sorel. Auf Wiedersehen!“

Rita wollte erwidern, aber die aufsteigenden Jornerstränen raubten ihr die Sprache. Langsam verließ sie die Direktionskanzlei und schlenderte verdrossen durch die Straßen. Ein junger, ziemlich auffallend geliebter Mann verfolgte sie ein Stück Weges und blühte wohlgefällig auf ihre kleinen Füße in den hellgrauen Wildlederhülsen und auf ihre zartgezeichneten Weine in den durchsichtigen Seidenstrümpfen. Als sie den Schwarzenbergplatz überquerte, war er rasch an ihrer Seite und zog lächelnd den Hut.

„Fräulein, darf ich Sie vielleicht ein Stückchen begleiten?“

„Ach, lassen Sie mich in Ruhe!“ antwortete Rita mürrisch.

(Fortf. folgt.)

Dringlichkeitsitzung der Stadtverordnetenversammlung am Freitag, den 27. September 1929, nachm. 7 1/2 Uhr im städtischen Sitzungssaale hier selbst.

Tagesordnung:

Wasserleitung.

Laasphe, den 26. September 1929.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
S a m m a n s h a u s e n.

Volkstümlicher Filmabend

am Montag, den 30. September,
abends 8 1/2 Uhr
und am Dienstag den 1. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr im Westfälischen Hof
in Laasphe.

Programm:

Sonlige Rheinfahrt

Ein Film vom deutschen Rhein.

Vom Palmkern zum Persil

Ein Kulturfilm vom Waschen und von der
Wasche mit erläuterndem Vortrag.

Scherzfilme

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Am Montag nachmittag 5 Uhr findet eine

Filmveranstaltung

für die Kinder statt.

Ehe die Fenster nass werden

müssen fehlende Scheiben ersetzt werden.

Glas nach Maß geschnitten.

Fensterkitt, farb. Glas, Spiegelglas, auch fertig eingeseigt.

Für den Garten:

Obstbaum-Karbolium, Raupenleim

empfiehlt

Karl Kämmerer, Laasphe,

Telefon 185.



Freiw. Feuerwehr Laasphe

Uebung

Sonntag, den 29. d. Mts.

Antreten der Wehr 8.45 Uhr

vorm. am Spritzenhaus.

Feststellungen betreffend

Kreisverbandstag Berleburg

13. 10. 29.

Der Brandmeister.

Fußballverein Niederlaasphe.

Heute abend 8 1/2 Uhr

Vorstandssitzung.

Anschließend

Spielausschuß- und

Spieleritzung.

Das Erscheinen der 1. Mann-

schaft ist unbedingt erforder-

lich. Der Vorsitzende.

Taschenlampen-

Batterien

Anoden-Batterien

stets frisch zu haben bei

Hermann Schröder

Laasphe, Kirchplatz 4.

WILHELM BALD

Steuerberatung

Buchführung

Inkasso

Erndtebrück i. Westf.

Telefon 93.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Freitag, den 27. September. 6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anschließend: Morgengymnastik. 9.45-12: Vom Rathaus Frankfurt a. M.: Jahresversammlung des Deutschen Städte-tages. 12.15: Schallplattenkonzert. 13.15: Werbefunk. 15.15 bis 15.45: Stunde der Jugend. 16.15-18: Konzert des Rundfunk-orchesters. 18.10: Vespertunde. 18.30: Von Kassel: „Neuer Gym-nastik“. 18.40: Esperanto-Unterricht. 19: Stenographischer Fort-bildungskursus. 19.30: Zwanzig Minuten Fortschritte in Wissen-schaft und Technik. 19.50: Filmwochenschau. 20: Von Stuttgart: „Florida“, Operette von Leo Fall. 22.45-24: Von Karlsruhe: Unterhaltungskonzert.